

# Optionen und Maßnahmen



UniNETZ –  
Universitäten und Nachhaltige  
Entwicklungsziele

Österreichs Handlungsoptionen  
zur Umsetzung  
der UN-Agenda 2030  
für eine lebenswerte Zukunft.



# SDG 17 – Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

**Autorin:**

Wittmann, Veronika (*Johannes Kepler Universität Linz*)

## SDG 17

**Reviewer:**

Guggenberger, Wilhelm (*Universität Innsbruck*)

## Inhalt

3	17.1	Beschreibung und Kontextualisierung des Ziels von SDG 17
4	17.2	Ist-Zustand in Österreich
6	17.3	Systemgrenzen des SDGs
9	17.4	Potenzielle Synergien und Widersprüche zwischen den SDGs
15		Literatur

## 17.1 Beschreibung und Kontextualisierung des Ziels von SDG 17

Die SDGs sind eine globale Agenda und wurden von allen UN-Mitgliedstaaten 2015 gemeinsam beschlossen. Eine **nachhaltige Entwicklung ist im 21. Jahrhundert nur durch weltweite Zusammenarbeit zu erreichen**. Die Menschheit braucht einen globalen Plan wie ihn die SDG-Agenda in Grundzügen vorgelegt hat. Alle UN-Mitgliedstaaten sind hierbei dazu aufgefordert das universelle Vorhaben zur Förderung nachhaltigen Friedens und Wohlstands und zum Schutz der Erde in staatliche Entwicklungspläne zu implementieren. Von herausragender Relevanz ist hierbei auf die Prioritäten der vulnerabelsten Weltbevölkerungsgruppen und ökonomisch schwächsten Staaten einzugehen, denn nur dann, wenn „*niemand zurückgelassen wird*“, können die UN-Nachhaltigkeitsziele bis 2030 erreicht werden. Die grundlegende Zielsetzung des SDG 17 wird *gemäß Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa (UNRIC) (2020)* folgendermaßen beschrieben: „*Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft mit neuem Leben füllen*“. Das SDG 17 zielt unmittelbar darauf ab, inwieweit Länder nicht nur innerhalb ihres staatlichen Kontextes darauf achten, die Zielsetzungen der *Agenda 2030* zu erreichen, sondern thematisiert die internationalen Beziehungen. Es fordert damit den holistischen Blick auf die Welt als Gesamtheit.

Eine wichtige Entscheidung mit der Menschen weltweit konfrontiert sind, ist gemäß Yuval Noah Harari (2020) die Wahl zwischen nationalistischer Isolation und globaler Solidarität. Sowohl die gegenwärtige Pandemie als auch die daraus resultierende soziale und ökonomische Krise sowie die Folgen des Klimawandels und der Verlust der Biodiversität sind globale Probleme. Diese können nur durch multilaterale Kooperationen effektiv gelöst werden. Eine erfolgreiche Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen braucht **integrative Partnerschaften**: Partnerschaften zwischen Regierungen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft. Integrative Partnerschaften, die auf geteilten Prinzipien, Werten und einer Vision anhand von gemeinsamen Zielsetzungen basieren, sind nicht nur auf staatlicher oder lokaler Ebene notwendig, sondern auch auf weltregionaler und globaler Ebene. Das UN-Nachhaltigkeitsziel 17 umfasst die Thematik der Notwendigkeit von globalen Partnerschaften und hat weltweite politische, ökonomische, technologische und gesellschaftliche Entwicklungen im Fokus. Grundlegende Auffassung ist, dass **Nachhaltigkeit internationale und transnationale Zusammenarbeit braucht**. Während bei dem Begriff internationale Zusammenarbeit die Staaten die Hauptakteur\_innen der politischen Kooperationen sind, zielt der Terminus der transnationalen Zusammenarbeit auch auf die Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen ab. Der Weg der globalen Kooperationen kann der Menschheit sehr wichtige Tools in die Hand geben, um zukünftigen Pandemien und weltweiten Krisen, mit denen die Menschen im 21. Jahrhundert noch konfrontiert sein werden, auf konstruktive Weise zu begegnen. Die Menschheit braucht einen globalen Plan wie ihn die SDG-Agenda in Grundzügen vorgelegt hat. Sowohl die gegenwärtige Pandemie als auch die sozialen, ökonomischen, ökologischen und technologischen Risiken sind universelle Probleme. Diese können nur durch globale Kooperationen effektiv gelöst werden. Das SDG 17 thematisiert Fragen der Notwendigkeit globaler Partnerschaften und Kooperationen. Kein Staat der Welt kann eine Pandemie wie die durch das durch das SARS-CoV-2 Virus ausgelöste Covid-19 Erkrankung, Chancen und Risiken der Digitalisierung, internationale Finanzkrisen, transnationalen Terrorismus, Verlust der Biodiversität etc. allein bewältigen. Das SDG *Partnerschaften zur Erreichung der Ziele* beinhaltet

Zielsetzungen, die als Seismograph angesehen werden können, inwieweit Staaten zu multilateralem Handeln bereit sind.

Das SDG 17 gliedert sich in folgende thematische Bereiche: Finanzierung (Targets 17.1-17.5), Technologie (17.6-17.8), Kapazitätsaufbau (Target 17.9), Handel (Targets 17.10-17.12) und in systemische Fragen, die wiederum in folgende drei Untergliederungen eingeordnet sind: Politik und institutionelle Kohärenz (Targets 17.13-17.15), Multi-Akteurpartnerschaften (Targets 17.16-17.17) sowie Daten, Überwachung und Rechenschaft (Targets 17.18-17.19). Aufgrund der thematischen Breite wurde zur Erarbeitung der Optionen des SDG 17 für den Optionenbericht eine Fokussierung auf spezifische Zielsetzungen vorgenommen. Es wurden konkret zwei Targets ausgewählt, die im Fokus der Analyse stehen: diese beinhalten Zielsetzungen der **Finanzierung**: 0,7 % des Bruttonationaleinkommens an *Official Development Assistance* (17.2) sowie die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Entwicklungsländer (17.3) und ein Target der **Technologie**: Stärkung von Nord-Süd Kooperationen im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation (17.6).

Das SDG 17 thematisiert Veränderungsperspektiven auf allen Ebenen des weltgesellschaftlichen Entscheidens und Handelns im Sinne einer globalen Strukturpolitik. Diese umfasst eine Vielzahl an Politikfeldern und Akteur\_innen, die sowohl die Staaten als auch den Privatsektor und die globale Zivilgesellschaft einbezieht. Die einzelnen Zielsetzungen dieses UN-Nachhaltigkeitsziels beziehen sich in den erarbeiteten Optionen auf die Rolle und die Beiträge Österreichs, das als ökonomisch reicher Staat der OECD-Welt eine **globale Verantwortung zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele** trägt. Da einzelne Zielsetzungen inhaltlich stark ineinandergreifen, können diese nicht isoliert betrachtet werden. Diese Sichtweise entspricht dem Prinzip der Unteilbarkeit der UN-Nachhaltigkeitsziele.

## 17.2 Ist-Zustand in Österreich

Nach der Deklaration der Millennium-Entwicklungsziele zur Jahrtausendwende war die Verabschiedung der UN-Nachhaltigkeitsziele 2015 das zweite welthistorische Momentum, in dem sich alle UN-Mitgliedstaaten gemeinsam verpflichteten auf die Implementierung der *Agenda 2030* hinzuarbeiten. Während bei den *Millennium Development Goals* die Umsetzung vor allem in den Ländern des Globalen Südens im Vordergrund stand und OECD-Staaten nur in einem der acht Entwicklungsziele (MDG 8) explizit angesprochen wurden, zeichnen sich die **UN-Nachhaltigkeitsziele durch universelle Gültigkeit** aus. Insofern sind nunmehr alle UN-Mitgliedstaaten, d.h. auch die Länder des Globalen Nordens, dazu aufgefordert, die Ziele zu erreichen und müssen über deren Umsetzung auch Rechenschaft ablegen. Die Europäische Union hat sich in Abstimmung mit ihren Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, die Implementierung der *Agenda 2030* zu fördern und will bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele auch eine Vorreiterrolle einnehmen (Europäische Kommission, 2016).

Österreich hat sich zur Umsetzung der *Agenda 2030* vertraglich verpflichtet und es wurden in Österreich alle Bundesministerien per Ministerratsbeschluss vom 12. Jänner 2016 mit der kohärenten Implementierung der *Agenda 2030* beauftragt. Zugleich wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe *Umsetzung der Agenda für nachhaltige Entwicklung* etabliert, in welcher allen Bundesministerien durch offizielle SDG-Verantwortliche repräsentiert sind (Bundeskanzleramt, 2020).

Österreichische Ministerien beteiligen sich an der Implementierung der *Sustainable Development Goals*. So hat das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (2020) die Plattform *SDG Business Forum – Österreichs Wirtschaft und die globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung* eingerichtet und das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2020) hat die digitale Plattform *Bildung 2030 für Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung* initiiert.

Koordinierungsfunktion für den Bereich der Entwicklungspolitik hat das Bundesministerium für Europäische und Internationale Angelegenheiten, welches auch für die strategische Ausrichtung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit verantwortlich ist. Bilateral gestaltete Programme und Projekte werden hierbei von der *Austrian Development Agency* umgesetzt.

Österreich hat im Rahmen des **Hochrangigen Politischen Forums der Vereinten Nationen** im Juli 2020 seinen *offiziellen Freiwilligen Nationalen Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele/SDGs* präsentiert. Inhaltlich widmete sich dieser folgenden drei Schwerpunktthemen: Digitalisierung, Frauen, Jugend und *leaving no one behind* sowie Klimaschutz und Klimawandelanpassung (Österreichs Freiwilliger Nationaler Bericht, 2020). In diesem *offiziellen Freiwilligen Nationalen Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele/SDGs* von Österreich bleibt die globale Dimension zum großen Teil unerwähnt. Auch in den auf der UN-Seite *Sustainable Development Goals Knowledge Plattform* (2020) veröffentlichten Dokument, das die zentralen Botschaften von Österreichs *National Review* darstellt, findet sich nur bei drei Sätzen ein internationaler oder weltregionaler Bezug. So wird beim Punkt *Governance* der internationale Bezug hergestellt, indem festgehalten ist, dass Österreich die Umsetzung der SDGs im Rahmen seiner Aktivitäten in der EU, in internationalen Organisationen und bei Projekten der Entwicklungszusammenarbeit verfolgt sowie als Amtssitz mehrerer Internationaler Organisationen nachhaltige Entwicklung fördert. Es bleibt in dem *National Review* unerwähnt, dass Österreich die Zielsetzung (17.2) 0,26 % BNE an ODA (2018) und die Zielsetzung (17.3) 0,02 % für LDCS (2018) nicht erreicht hat. Beim Punkt Klimaschutzmaßnahmen wird ein weltregionaler Bezug genommen, indem festgehalten wird, dass Österreich auf EU-Ebene die Einführung von CO<sub>2</sub> Grenzabgaben unterstützt und einen ehest möglichen Auslauf der Finanzierung und Subventionierung nicht erneuerbarer Infrastrukturen befürwortet.

Österreich trägt auf weltregionaler Ebene der EU als auch in den Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organisationen wesentlich zur Erreichung der UN Nachhaltigkeitsziele auf globaler Ebene bei. So gestaltet Österreich als Mitglied der Vereinten Nationen, der EU, der OECD und der Weltbankgruppe in Gremien die internationale Entwicklungspolitik mit.

Der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan hat an der Wende zum neuen Jahrtausend die *Global Compact Initiative* ins Leben gerufen, basierend auf der Feststellung, dass die **globalen Herausforderungen in diesem Jahrhundert nicht mehr von Staaten oder zivilgesellschaftlichen Organisationen alleine zu bewältigen sind**. Die Erkenntnis, dass zu einer nachhaltigen Entwicklung auch der Privatsektor einen wesentlichen Beitrag leisten kann, führte zu der *Global Compact Initiative*, die gegenwärtig die weltweit größte Initiative zu nachhaltiger Entwicklung und *Corporate Sustainability* ist. Sie umfasst gegenwärtig 11.593 Unternehmen in 156 Staaten der Welt (UN Global Compact, 2020).

Die nationale Koordinierungsstelle des UN *Global Compact* in Österreich ist respACT – *austrian business council for sustainable development*. Zurzeit gibt es 129 Teilnehmerorganisationen aus den Bereichen unterschiedlicher Wirtschaftsbranchen, der Zivilgesellschaft als auch öffentlicher Institutionen (*Global Compact* Netzwerk Österreich, 2020).

Es bestehen Kooperationsformen auf lokaler, staatlicher, weltregionaler und internationaler Ebene. **Österreich kann im Rahmen der neuen globalen Partnerschaft Verantwortung übernehmen:** sowohl in finanzieller Hinsicht, bei der Unterstützung von Kommunen und Initiativen der Zivilgesellschaft als auch des Privatsektors durch staatliche gelenkte Weiterentwicklung von zielgerichteten Multi-Akteurs-Partnerschaften.

Multi-Akteur Partnerschaften können strukturell nachhaltige Veränderungen im globalen Kontext bewirken. Universelle Probleme brauchen weltweite Lösungen von vielen Akteur\_innen. Österreich kann hierbei sowohl mit Beteiligung der Zivilgesellschaft, mit Initiativen des Privatsektors – wie dem Ethik-Beirat des *Senats der Wirtschaft* oder österreichischer Unternehmensbeteiligung am *UN-Global Compact* als auch durch die Arbeit von Kommunen wesentlich zur Erhöhung von Multi-Akteur delete Blank Partnerschaften im Sinne der *Agenda 2030* beitragen.

Die *Agenda 2030* und insbesondere das SDG 17 kann angesichts der gegenwärtigen Covid-19 Pandemie als ein **wesentlicher Kompass für politische Entscheidungstragende** dienen, um **sozio-ökonomische Stabilität, ökologische Nachhaltigkeit und Gesundheit sowohl auf staatlicher und weltregionaler Ebene als auch im weltweiten Kontext zu gewährleisten**. Österreich kann sich hier aktiv am Aufbau globaler Maßnahmen beteiligen. Das SDG 17 widmet sich der Revitalisierung von Partnerschaften zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele und fordert, dass Maßnahmen zur Umsetzung von Partnerschaften ergriffen werden als auch die Umsetzungsmittel gestärkt werden: die effektive Partizipation Österreichs ist zur Umsetzung dieses Ziels wesentlich.

### 17.3 Systemgrenzen des SDGs

Nachhaltigkeit als Leitprinzip für staatliches Handeln, welches auf den drei Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales aufbaut, wird nur dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn **Staaten sich auch zu ihrer globalen Verantwortung bekennen und dies durch dementsprechende Maßnahmen umsetzen**.

Das SDG 17 beinhaltet Zielsetzungen, die als Seismograph angesehen werden können, inwieweit Staaten zu multilateralem Handeln bereit sind. Zugleich werden die Förderung von *Public-Private-Partnership* ebenso wie transnational organisierte Zivilgesellschaften bei der Erreichung dieser Zielsetzungen essentiell sein. Die Implementierung der Targets scheint aufgrund der gegenwärtigen globalen Krise, die mehr ein Bild staatlicher Alleingänge denn von Allianzen auf internationaler Ebene und multilateralem Handeln von Staaten widerspiegeln, in weite Ferne gerückt. Zugleich wird die Erreichung der SDG 17-Zielsetzungen nicht mehr und nicht weniger als ein wesentlicher Baustein der Frage nach der Zukunft der Menschheit sein. **Kein Staat der Welt allein vermag die großen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts autark zu lösen**. In einer Zeit der Realpolitik, die sich in vielen Staaten der Welt durch nationalistische Alleingänge auszeichnet, scheint diese Erkenntnis in weite Ferne gerückt.

Im globalen Kontext betrachtet braucht nachhaltige

Entwicklung fundamentale Veränderungen der Regierungsführungen. Darüber hinausgehend ist die Partizipation der weltweit organisierten Zivilgesellschaften wesentlich, um die Zielsetzungen der SDGs allgemein und jene des UN-Nachhaltigkeitsziel 17 im Konkreten zu erreichen. Eine sehr kritische Stimme zum Status quo der Zielrealisierung der SDGs ist der am 8. Juli 2019 in New York veröffentlichte Bericht *Spotlight on Sustainable Development 2019. Reshaping governance for sustainability: Transforming institutions – shifting power – strengthening rights* (*Spotlight Report on Sustainable Development*, 2019) der globalen Zivilgesellschaft. Hier werden strukturelle Hindernisse und institutionelle Lücken bei der Implementierung der *Agenda 2030* festgestellt.

Der 190 Seiten umfassende Bericht wurde unterstützt von einer großen Bandbreite an zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften, und basiert auf den Erfahrungen und Berichten von staatlichen und regionalen Gruppen und Koalitionen zahlreicher Weltregionen. Die Beiträge behandeln die meisten Aspekte der *Agenda 2030* und der SDGs (und darüber hinausgehend), und reflektieren die umfangreiche geographische und kulturelle Diversität der Autor\_innen.<sup>1</sup> Der Bericht, veröffentlicht am Tag vor der Eröffnung des *High Level Political Forum 2019* der Vereinten Nationen in New York, versucht eine umfassende Bewertung der Implementierung der *Agenda 2030* vorzunehmen. Das *High Level Political Forum* übernimmt als intergouvernementales Gremium mit universeller Teilnahme aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen innerhalb der UN die Führung in Fragen nachhaltiger Entwicklung. Das intergouvernementale Gremium tagte von 9. – 18. Juli 2019 unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen. Hier präsentierten 47 Staaten weltweit ihre freiwilligen Reviews auf nationalstaatlicher Ebene. Österreich hat sich hieran nicht beteiligt (*Sustainable Development Goals Knowledge Plattform*, 2019). Im *Spotlight Report on Sustainable Development* (2019) wird festgehalten, dass die Welt weit davon entfernt ist die UN-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Die meisten Regierungen haben versagt die transformative Vision der 2030 Agenda in reale transformative politische Strategien umzusetzen. Hinzu kommt, dass Xenophobie und autoritäre Regierungssysteme in vielen Staaten zunehmen. Die Implementierung der *Agenda 2030* ist nicht nur eine Frage einer verantwortungsvollen Politik. Es bedarf holistischerer und weitreichenderer Veränderungen von Macht, insbesondere durch institutionelle und *Governance* Reformen. In diesem Sinne ist eine einfache Software-Aktualisierung nicht ausreichend, sondern es muss grundlegend die Hardware von nachhaltiger Entwicklung umgestaltet und überdacht werden, dies betrifft *Governance* und Institutionen auf allen Ebenen.

Zur Erreichung des UN-Nachhaltigkeitsziel 17 ist eine strukturelle Transformation mehr als jemals zuvor nötig ist. Diese muss an der lokalen und staatlicher Ebene beginnen und erfordert die Stärkung von *bottom-up Governance* und Regierungskohärenz. Auf globaler Ebene können die Reviews des *High Level Political Forum* genutzt werden, um die Schwäche dieses Gremiums zu überwinden und ihn in ein *Sustainable Development Council* der Vereinten Nationen umzugestalten. Der im Rahmen der Eröffnung der UN-Generalversammlung im September 2019 stattgefundenen SDG-Gipfel, und mehr noch das Jahr 2020 mit dem 75. Jahrestag der Vereinten Nationen boten günstige Gelegenheiten die

<sup>1</sup> Der Spotlight Report wurde von dem Arab NGO Network for Development (ANND), dem Center for Economic and Social Rights (CESR), Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN), Global Policy Forum (GPF), Public Services International (PSI), Social Watch, Society for International Development (SID), und dem Third World Network (TWN) publiziert, und von der Friedrich Ebert Stiftung unterstützt.

Forderungen von emergenten globalen Bewegungen für soziale und ökologische Gerechtigkeit in politische Schritte in Richtung eines neuen, demokratischen Multilateralismus umzusetzen. Ob dies in den nächsten Jahren angesichts einer welt-politischen Realität der **Globalisierung des Nationalismus** – „*Der Nationalismus globalisiert sich*“ wie es der Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch (2017) formuliert hat – tatsächlich geschehen wird, ist jedoch mehr als fraglich.

Politik zu weltweiten Interdependenzen und globaler Strukturpolitik erfordert ein **neues Verständnis der Rolle des Staates im 21. Jahrhundert**. Globale Krisen und rasante technologische Veränderungen prägen die Menschheit gegenwärtig. Covid-19 ist neben der Finanzkrise 2008, der Klimaveränderungen und dem transnationalen Terrorismus eine weitere globale Krise, die offenlegt, dass in der Zukunft multilaterales Handeln von Staaten unabdingbar ist. Es müssen jenseits tradierter Staatsgrenzen hinweg globale Lösungen – basierend auf fundierter wissenschaftlicher Expertise – gefunden werden. **Globale Probleme erfordern globale Kooperationen**. Verantwortungsvolles Handeln von politischen Entscheidungsträger\_innen der Gegenwart bedingt das *Denken jenseits des staatlichen Containers*. Wer die nationale Karte zieht, verliert. Herausfordernde Fragen an die politischen Entscheidungstragenden können nur jenseits tradierter Denkansätze beantwortet werden. Hierzu braucht es Schnittstellen von staatlicher Politik zu *Global Governance*. Das SDG 17 positioniert sich genau in diesem Feld. Politische Entscheidungstragende erörtern in konstruktiven Diskursen globale Risiken und Fragestellungen, die die Menschheit als Gesamtheit betreffen und entwickeln Lösungsansätze im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft. Ausgangspunkt ist hier die Generierung politischer Lösungen zu globalen Risiken und Herausforderungen.

Politische Entscheidungstragende müssen sich Konzepten transnationaler Gemeinsamkeiten bewusst sein, die alle Menschen der Welt teilen und gemeinsam erörtern, welche politischen Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen sind, dass staatliche und weltregionale Grenzen für viele Herausforderungen der Gegenwart an Relevanz verlieren. Dies betrifft auch die Rolle von Politiker\_innen als Gestalter\_innen globaler Strukturpolitik. An dieser Schnittstelle setzt *Global Governance* an: offen dafür jenseits des staatlichen Containers zu denken, im Sinne des langfristigen Eigeninteresses innerstaatlicher Politik.

Im globalen und digitalen Zeitalter braucht es Analysen zum Zusammenspiel vieler Akteur\_innen: einer informierten Weltöffentlichkeit und seriöser Berichterstattung in Medien, einer globalen Zivilgesellschaft, Staaten, die sich nicht in nationalistischer Isolation verlieren, sondern neue Formen des Multilateralismus entwickeln, vorausschauender und nachhaltiger Politik. Und es bedarf verantwortungsvoller Regierungen in Österreich und der Welt, die nach Kriterien von *Good Governance* handeln. **Politisch Entscheidungstragende sind wesentliche Akteur\_innen zur Umsetzung des globalen Plans**, wie ihn die *Agenda 2030* der internationalen Staatenwelt vorgelegt hat. Unabdingbar notwendig für die Implementierung ist die Partizipation von Realpolitik und ihrer Expertise zu globalen Herausforderungen in Österreich und in der Welt. Die Systemgrenzen des SDG 17 zeigen sich hierbei konkret: *Good Governance* und *Global Governance* steckt in vielen Teilen der Welt noch in den Kinderschuhen und es bedarf hier großer Anstrengung zur Erreichung der Zielsetzungen des SDG 17 im universellen Kontext.

#### 6.2.4 Potenzielle Synergien und Widersprüche zwischen den SDGs

Die Menschheit ist seit einigen Wochen mit einer globalen Krise konfrontiert. Das SARS-CoV-2 Virus und die damit verbundene Krankheit Covid-19 hat weltweit Spuren hinterlassen. Die UN-Nachhaltigkeitsziele und konkret das SDG 17, in dessen Fokus globale Kooperationen stehen, sind aufgrund der Pandemie mit grundsätzlich veränderten sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen in so gut wie allen UN-Mitgliedstaaten und auch auf transnationaler Ebene konfrontiert. Die Welt wird nach der Corona-Krise eine andere als zuvor sein. Die Möglichkeiten von Staaten zur Implementierung der SDG-Targets werden ebenfalls andere sein. Auch die Rolle der Zivilgesellschaft als wesentliche Akteur\_innen der Weltpolitik wird sich verändern.

Die *World Health Organization* (WHO) hat die Verbreitung des Corona-Virus am 11. März 2020 als Pandemie eingestuft (*World Health Organization, 2020a*). Als Pandemie wird eine Krankheit bezeichnet, die von Mensch zu Mensch übertragen wird und gleichzeitig mehrere Kontinente erfasst. Dieses globale Ausmaß differenziert eine Pandemie von einer räumlich begrenzten Epidemie. Covid-19 ist die erste Pandemie, die von einem Corona-Virus ausgelöst wurde. Pandemien respektieren keine Staatsgrenzen (*United Nations, 2020*).

In juristischer Hinsicht existieren zugleich in den UN-Mitgliedstaaten nur rechtlich verbindliche Epidemie-Gesetze. Auf UN-Ebene bestehen seit 1995 *International Health Regulations* als völkerrechtlich bindende Vorschriften. Diese sind die einzigen internationalen rechtlichen Rahmenbedingungen, die regulieren wie die WHO und ihre 196 Mitgliedstaaten auf den Ausbruch von infektiösen Krankheiten reagieren sollen (*World Health Organization, 2020b*). Das SDG 3 mit seinem Fokus auf Gesundheit und Wohlergehen wird gegenwärtig zum Dreh- und Angelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung und der SDGs.

Die durch das SARS-CoV-2 Virus ausgelöste Pandemie hat eine globale Krise verursacht, die allen Staaten, Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Menschen vor Augen geführt hat, wie sehr man weltweit miteinander verbunden ist. Und zugleich hat sie offenbart, wie schwach bisher globale Institutionen und Regime ausgebaut sind. Staaten haben weltweit sehr unterschiedlich auf die universelle Krise reagiert. Ein Virus wie SARS-CoV-2 kümmert sich jedoch nicht um Staatsgrenzen. Genauso wenig wie es die radioaktiven Strahlen einer atomaren Katastrophe oder die Klimaerwärmung und der Verlust der Biodiversität tun. Das SDG 17 thematisiert Fragen der Notwendigkeit globaler Partnerschaften und Kooperationen. Kein Staat der Welt kann allein eine Pandemie wie die durch das durch das SARS-CoV-2 Virus ausgelöste Covid-19 Erkrankung, Chancen und Risiken der Digitalisierung, internationale Finanzkrisen, transnationalen Terrorismus, Verlust der Biodiversität etc. autark bewältigen.

Um globale Kooperationen zu erreichen, bedarf es Vertrauen. Vertrauen von Staaten untereinander und Vertrauen von Menschen in Wissenschaft, öffentliche Behörden und Medien. Die gesamte Menschheit ist davon beeinflusst: **niemand ist nicht betroffen**.

Die Menschheit braucht einen globalen Plan wie ihn die SDG-Agenda in Grundzügen vorgelegt hat. Eine wichtige Entscheidung mit der Menschen weltweit konfrontiert sind, ist gemäß Yuval Noah Harari (2020) die **Wahl zwischen nationalistischer Isolation und globaler Solidarität**. Sowohl die Pandemie selber als auch die daraus resultierende soziale und ökonomische Krise sind universelle Probleme. Diese können nur durch globale Partnerschaften

und durch die Zusammenarbeit von vielen Akteur\_innen gemeinsam effektiv gelöst werden.

Um das SARS-CoV-2 Virus zu bekämpfen, müssen Informationen global geteilt werden. Das ist der große Vorteil von Menschen gegenüber Viren. Das SARS-CoV-2 Virus in China und jenes in den USA kann keine Tipps zur Infektion von Menschen austauschen. Aber China kann den USA wertvolle Lektionen über das Virus und wie man damit umgeht, geben. Aber damit dies passiert, brauchen Regierungsverantwortliche und Menschen einen Spirit globaler Kooperationen und Vertrauen. Staaten sollten die Bereitschaft haben, Informationen offen zu teilen und sich gegenseitig um Rat fragen, und sie sollten fähig sein den Daten und den Einblicken, die sie bekommen, zu vertrauen. Die Menschheit braucht auch eine globale Anstrengung medizinisches Equipment zu produzieren und zu verteilen, insbesondere Testausstattungen und Beatmungsmaschinen. Anstelle das jeder Staat versucht dies im innerstaatlichen Container zu machen und die Ausrüstung, die er bekommt zu horten, kann eine koordinierte globale Anstrengung die Produktion stark beschleunigen und sicherstellen, dass lebensrettendes Equipment gerechter verteilt wird. Der menschliche Kampf gegen das SARS-CoV-2 Virus könnte von Staaten erfordern, dass die entscheidenden Produktionslinien humanisiert werden. Hinsichtlich der Bündelung von medizinischem Personal könnten Staaten eine ähnliche globale Anstrengung in Betracht ziehen (Harari, 2020).

Das Konterprogramm der globalen Kooperationen, wird nicht nur die gegenwärtige Pandemie verlängern, sondern auch zu noch schlimmeren Katastrophen in der Zukunft führen. Zwei dieser weit schlimmeren Katastrophen für die Menschheit in diesem Jahrhundert sind die Themen der Erderwärmung und der Verlust der Biodiversität. Bei den UN-Nachhaltigkeitszielen werden diese Bereiche fokussiert im **SDG 13** und **SDG 15** angesprochen.

Wenn Menschen wissenschaftliche Fakten kennen, und wenn sie Vertrauen in öffentliche Behörden haben, die ihnen diese wissenschaftlichen Fakten übermitteln, können Menschen das Richtige tun ohne einen *Big Brother, der über ihre Schultern wacht*. Als Beispiel hierfür kann Händewaschen mit Seife als eines der größten Fortschritte in menschlicher Hygiene angesehen werden. Heute waschen Milliarden von Menschen ihre Hände, nicht aus Angst vor einer *Seifenpolizei*, sondern weil sie die Fakten verstehen (Harari, 2020).

In diesem Kontext muss die Relevanz von Wasser als *Common Public Good* betont werden. Gemäß dem *Weltwasserbericht 2019*, der von der UNESCO (2020) jährlich erstellt wird, hat jeder dritte Mensch (2.1 Milliarden Menschen) weltweit keinen Zugang zu einer sicheren Trinkwasserversorgung. An dieser Stelle wird offensichtlich, dass Milliarden von Menschen angesichts der durch das SARS-CoV-2 Virus ausgelösten Pandemie – auch wenn sie die Fakten kennen und verstehen – ihre Hände, nicht waschen können, weil sie schlichtweg keinen Zugang zu sauberem Wasser haben. Bei den UN-Nachhaltigkeitszielen ist die Wichtigkeit des sauberen Wassers explizit im **SDG 6** thematisiert.

Die Coronavirus-Pandemie ist auch ein bedeutsamer Test für Bürger\_innenrechte. In den kommenden Monaten sollten Menschen wissenschaftlichen Daten und Gesundheitsexpert\_innen mehr vertrauen als Verschwörungstheorien und eigennützigen Politiker\_innen. Wenn Menschen nicht die richtige Wahl treffen, könnten sie – in konsolidierten Demokratien – ihre wertvollsten Freiheiten verlieren, in der Meinung, dies wäre der einzige Weg ihre Gesundheit zu bewahren. Dieser Aspekt der Gewährleistung des öffentlichen Zugangs zu Informationen und des Schutzes der Grundfreiheiten ist bei den UN-Nachhaltigkeitszielen explizit im **SDG 16** angeführt.

In Anbetracht der weltweiten Krise wird globale Kooperation auch im ökonomischen Bereich unabdingbar benötigt. Angesichts der globalen Natur der Ökonomie und der Lieferketten wird, wenn jede Regierung nur auf den eigenen Staat schaut und multilaterale Beziehungen komplett außer Acht lässt, das Resultat dieser Vorgehensweise Chaos und eine vertiefte Krise sein. Die Menschheit und die Weltwirtschaft brauchen einen globalen Plan, um nachhaltige ökonomische Wege aus der Krise zu finden. Hier ist ein unmittelbarer Konnex zum **SDG 9** und zum **SDG 12** hergestellt. Das **SDG 17** thematisiert im Target 17.3 zusätzliche Mittel für Entwicklungsländer; auch den ökonomischen Bereich. Es müssen additional Mittel für internationale Organisationen und Programme von Österreich zur Verfügung gestellt werden. Privatinvestitionen im Sinne von *Public-Private-Partnership* sind notwendige Voraussetzungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Ländern des Globalen Südens und für die Diversifizierung von Produktions- und Exportstrukturen.

Die Tatsache, dass viele Akteur\_innen – Staaten, Zivilgesellschaft und auch der Privatsektor – eine Rolle am Ausbau der globalen Partnerschaft für Nachhaltige Entwicklung einnehmen, spiegelt sich in zahlreichen Agenden wider: sei es bei Klimaschutzmaßnahmen, Menschenrechten oder Gesundheitsagenden. Globale Strukturpolitik verweist auf vielfältige Ebenen und Beteiligungen vieler Akteur\_innen hin. Der *Weltklimavertrag von Paris 2015*, von allen UN-Mitgliedstaaten unterzeichnet, war auch ein Verdienst der weltweit vernetzten zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen.

Eine kollektive Unbeweglichkeit hat die internationale Gemeinschaft angesichts der Corona-Krise erfasst. Man hätte sich bereits zu Beginn des Bekanntwerdens der Pandemie ein Krisentreffen der globalen politischen Führungskräfte erwarten können, um einen gemeinsamen Aktionsplan auszuarbeiten.

Die WHO hat am 30. Januar 2020 einen internationalen Gesundheitsnotstand erklärt (*World Health Organization, 2020c*). Bis zum 31. März 2020 hatte der UN-Weltsicherheitsrat über zwei Wochen lang keine physischen Zusammentreffen seiner Mitglieder abgehalten. Es gab nur Besprechungen per Videokonferenz, wobei diese nicht die Bedeutung formeller Sicherheitsratssitzungen haben (Deutschlandfunk, 2020). Der UN-Weltsicherheitsrat ist erst Monate später, explizit am 9. April 2020 das erste Mal zusammengetreten, um über die globale Pandemie zu beraten. Hier war die globale Krise, die das neue Corona-Virus ausgelöst hat, schon in fast allen Staaten der Welt – mit Ausnahme von Staaten in der Südsee – seit Wochen präsent.

Die kollektive Paralyse der internationalen Gemeinschaft steht diametral zu **verantwortungsvollem Handeln von Global Players der Weltpolitik**. In vorherigen universellen Krisen haben die USA die Rolle der globalen politischen Führungskraft angenommen. Aber gegenwärtig ist es offensichtlich, dass die USA sich mehr um die Großartigkeit des eigenen Staates kümmern, als um die Zukunft der Menschheit. China mit einem autokratischen politischen System tritt mehr und mehr an diese Stelle und verändert als neuer *Global Player* die Weltpolitik. Wenn die Leere, die von den USA hinterlassen wird, nicht von anderen Staaten – neben China – gefüllt wird, wird es nicht nur bedeutend schwieriger die gegenwärtige Pandemie zu stoppen, sondern ihre Hinterlassenschaft wird fortdauernd die internationalen Beziehungen in den kommenden Jahren belasten.

Die Tatsache der fehlenden globalen politischen Führungskraft hat Ian Bremner (2013) in seinem Buch *Every nation for itself. What*

*happens when no one leads the world* thematisiert. Die gegenwärtige Realität der Weltpolitik verweist auf den Diskurs zwischen der realistischen Denkschule in den *International Relations* – wo Ian Bremner et al. zu verorten sind – versus kosmopolitischer Zugänge, in denen Wissenschaftler\_innen davon ausgehen, dass die Menschheit nur durch globale Kooperation überleben wird und Staaten daher zu multilateralem Handeln gewissermaßen *gezwungen* sind. Gemäß dieser Denktradition werden auf lange Sicht jene Staaten verlieren, die die nationale Karte ziehen.

Es sind die **globalen Risiken, die die transnationalen Gemeinsamkeiten sichtbar machen und erzeugen**. Insofern ist die gegenwärtige globale Krise auch als Chance zu verstehen. Es besteht die Hoffnung, dass die gegenwärtige Pandemie der Menschheit hilft die akute Gefahr der globalen Uneinigkeit wahrzunehmen. Wissenschaft muss hierbei dazu beitragen diese dringliche Gefahr der globalen Uneinigkeit wahrzunehmen und ihr mit fundierter Expertise zu begegnen.

Im digitalen Zeitalter braucht es Analysen zum Zusammenspiel vieler Akteur\_innen: einer informierten Weltöffentlichkeit und seriöser Berichterstattung in Medien, einer globalen Zivilgesellschaft, Staaten, die sich nicht in nationalistischer Isolation verlieren, sondern neue Formen des Multilateralismus entwickeln, verantwortungsvoller Politik sowie fundierter wissenschaftlicher Expertise.

Das **SDG 17** spricht im Target 17.16. Multi-Akteur-Partnerschaften und den Ausbau der globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung an. Eine Förderung von *Public-Private-Partnership* im Kontext des UN-Global Compact kann bei der Erreichung dieser Zielsetzung essentiell sein. Beispielhaft hierfür sind private Stiftungen wie die *Bill and Melinda Gates Foundation*. Diese größte philanthropische Stiftung der Welt hat auch in der gegenwärtigen globalen Krise, die durch das SARS-CoV-2 Virus ausgelöst wurde, viel Geld für Forschungen zur Entwicklung eines Impfstoffes zur Verfügung gestellt. Während ein ökonomisch mächtiger Staat wie die USA sein Geld für die WHO zurückgezogen hat, hat die *Bill and Melinda Gates Foundation* dazu beigetragen, globale Verantwortung zu übernehmen. Der *Microsoft*-Gründer Bill Gates (2015) war interessanterweise auch jene öffentliche Person, die bereits vor Jahren vor einer Pandemie in einem *Ted-Talk* mit dem Titel *The next outbreak? We are not ready* gewarnt hat. Die *Bill & Melinda Gates Foundation* ist seit Jahren der zweitwichtigste Geldgeber der WHO (Kruchem, 2017). Zugleich hat kein Mensch auf der Welt diese private Stiftung gewählt. Das Fehlen demokratischer Legitimität ist hier offensichtlich.

Ein/e wichtige/r Akteur\_in zur Umsetzung des Multi-Stakeholder\_innen Ansatzes ist neben dem privaten Sektor und der Zivilgesellschaft auch die Wissenschaft. Sie ist ein wesentlicher Wegbereiter der Entwicklung eines globalen Plans: Universelle Risiken selber, die die gesamte Menschheit betreffen, als auch die daraus resultierenden sozialen, politischen und ökonomischen Krisen sind weltweite Probleme. Diese können nur durch **globale wissenschaftliche Diskurse** effektiv gelöst werden. Hierzu bedarf es zeitgemäßer transnationaler wissenschaftlicher Zusammenarbeit. Covid-19, Überwachungstools, transnationaler Terrorismus, atomare Bedrohungen etc. betreffen Menschen weltweit: vom britischen *Prime Minister* bis hin zur Slumbewohnerin von Mumbai. Tradierte Verständnisse von Sozialforschung können hier keine Antworten mehr liefern.

Im 21. Jahrhundert verschieben sich auch Kategorien der Forschung. Relevant ist heute vielmehr, dass globale Risiken alle Menschen weltweit – jenseits von Schicht-, Alter-, ethnischer oder genusgruppenspezifischer

Zugehörigkeit – treffen. Auch wenn es Gruppen und Weltregionen – Globaler Süden – gibt, die in globalen Krisen vulnerabler sind: niemand ist nicht betroffen. Auf die Vulnerabilität verweisen bei den UN-Nachhaltigkeitszielen die **SDGs 1, 2, 8, 10** im Besonderen. Das **SDG 4** beinhaltet die Rolle von Bildung und Wissenschaft.

**Die Menschheit wird im 21. Jahrhundert noch mit zahlreichen globalen Krisen und Pandemien konfrontiert sein.** Zusätzlich sind viele Menschen – durch den durch Covid-19 bedingten *Lockdown* und den Maßnahmen der physischen Distanzierung in vielen Staaten der Welt – ins digitale Zeitalter geschleudert worden. Wissenschaft muss hier einen konstruktiven Beitrag zu diesen weltweiten Herausforderungen leisten. Das **SDG 17** spricht im Target 17.6 explizit Nord-Süd Kooperationen im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation an: diese Partnerschaften sind angesichts der globalen Corona-Krise notwendiger denn je.

Immanuel Kant (1795) hat in seiner Schrift *Zum Ewigen Frieden* darauf hingewiesen, dass die „*Not zur Einsicht zwingt*“ und das *ius cosmopolitanum* – Weltbürger\_innenrecht – thematisiert. Diese Schrift wurde zur Grundlage der UN-Charter. 220 Jahre nach der Veröffentlichung der Schrift *Zum Ewigen Frieden* steht die Menschheit angesichts globaler Krisen am Scheideweg zwischen der Leviathan-Figur des Thomas Hobbes – Überwachung durch Technologien und dem Umgang von autokratischen politischen Systemen mit globalen Krisen sowie der Betonung der Sicherheit – versus der Einsicht von Immanuel Kant, dass Menschen weltweit vernunftbegabte und freie Wesen sind, die nur durch globale Kooperation überleben.

#### **Globale Probleme erfordern globale Lösungen.**

Yuval Noah Harari (2020) geht davon aus, dass die Menschheit eine Entscheidung treffen muss. Werden wir den Weg der Uneinigkeit gehen oder werden sie den Weg der globalen Solidarität einschlagen? Wenn Menschen Uneinigkeit wählen, wird dies nicht nur die Krise verlängern, sondern es könnten daraus noch schlimmere Katastrophen in der Zukunft resultieren. Wenn wir globale Solidarität wählen, wäre dies ein Sieg nicht nur gegen das Coronavirus, sondern darüberhinausgehend gegen alle zukünftigen Epidemien und Krisen, welche die Menschheit im 21. Jahrhundert angreifen könnten.

Bezugnehmend auf globale Solidarität hat die UN-Generalversammlung (2020) am 30. März 2020 eine Resolution (A/74/L.52) mit dem Titel *Global solidarity to fight the coronavirus disease 2019 (COVID 19)* verabschiedet. In dieser wird betont, dass die **Covid-19-Pandemie eine globale Antwort basierend auf Einheit, Solidarität und eine erneuerte multilaterale Kooperation erfordert.**

In diesem Sinne spiegelt auch ein im Rahmen eines Media-Briefing zu der Pandemie getätigtes Statement des gegenwärtigen WHO-Direktors Tedros Adhanom Ghebreyesus (2020) am 20. März 2020 die Hoffnung auf einen gemeinsamen Lernprozess der Menschheit angesichts der globalen Krise wider:

*“Covid-19 is taking so much from us. But it’s also giving us something special – the opportunity to come together as one humanity – to work together, to learn together, to grow together.”*

Die Vereinten Nationen sind ein Kaleidoskop ihrer Mitgliedstaaten. Paul Kennedy (2007) hat in seinem Buch *Parlament der Menschheit. Die Vereinten Nationen und der Weg zur Weltregierung* das Portrait einer von

mächtigen nationalen Regierungen abhängigen Weltorganisation gezeichnet. Es war diese Weltorganisation, die den Rahmen bot, die SDGs 2015 zu verabschieden. Zugleich werden angesichts der gegenwärtigen globalen Krise auch ihre Defizite sichtbar: die Dependenz von ökonomisch reichen Staaten und der fehlende politische Wille zu multilateralem Handeln vieler ihrer Mitgliedstaaten. Österreich kann hier ein Zeichen setzen gegen diesen Trend, in dem es sich als ökonomisch starker Staat aktiv an **neuen Allianzen des Multilateralismus** beteiligt.

Synergien zur **Stärkung des Multilateralismus** – insbesondere in Bezug zu Target 17.6 (Nord-Süd Kooperationen im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation) – könnten in Österreich entstehen durch:

1. Einrichtung eines **Beirats für globale Umweltveränderung und menschliche Sicherheit** durch die österreichische Bundesregierung (Modell Wissenschaftliche Beirat für globale Umweltveränderung (WBGU) in Deutschland).  
[Anmerkung: Der (Wissenschafts-)Standort Österreich kann hierbei einen Beitrag zum Verständnis globaler gesellschaftlicher Risiken leisten und dadurch zugleich Impulse zur Resilienzsteigerung geben.]
2. Initiierung einer **Zukunftscharta: Österreich in der Welt** durch das Bundesministerium für Europäische und Internationale Angelegenheiten (BMEIA). Hierbei führen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Bürger\_innen – Diskussion über Schlüsselthemen der Zukunft und globale Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung.
3. **Engagement Global Lokal verankern** – Bewusstseinsarbeit in Kommunen durch den österreichischen Gemeindebund und den österreichischen Städtebund. Zusammenarbeit mit Kommunen als Akteur\_innen, die globale Strukturpolitik mitgestalten können.
4. Einrichtung einer **Wissenschaftsplattform SDGs** durch die österreichische Bundesregierung: Zusammenführung der wissenschaftlichen Begleitung der *Agenda 2030* unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen und des Privatsektors.
5. **Monitoring der Umsetzungsschritte von Multi-Akteurs-Partnerschaften** durch Wissenschaftler\_innen: Generierung von Daten, Formulierung von Indikatoren und Bewertung der Ergebnisse. Dieses Monitoring dient der (besseren) Überprüfbarkeit der Zielerreichung und der Beteiligung Österreichs an Multi-Akteur-Partnerschaften zum Ausbau der globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung.
6. Monitoring der Beteiligung Österreichs am **Partners for Review-Netzwerk**, einem transnationalen Multi-Akteursnetzwerk, welches den Austausch zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteur\_innen fördert.

Das SDG 17 beinhaltet Zielsetzungen, die als Seismograph angesehen werden können, inwieweit Staaten zu multilateralem Handeln bereit sind. Ebenso werden die Förderung von *Public-Private-Partnership* sowie wie transnational organisierte Zivilgesellschaften bei der Erreichung dieser Zielsetzungen wesentlich sein. Die Umsetzung der Targets des SDG 17 scheint aufgrund der gegenwärtigen globalen Krise, die mehr ein Bild staatlicher Alleingänge denn von Allianzen auf internationaler Ebene und multilateralem Handeln von Staaten widerspiegelt, immer unrealisierbarer zu werden. Zugleich wird die **Erreichung der SDG 17-Zielsetzungen nicht mehr und nicht weniger als ein wesentlicher Baustein der Frage nach der Zukunft der Menschheit** sein.

## Literatur

Bremner, I. (2013). Every nation for itself. What happens when no one leads the world. Portfolie Verlag.

Bundeskanzleramt (2020). Nachhaltige Entwicklung – Agenda 2030/SDGs. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030.html> [15.9.2020].

Bundesministerium Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) (2020). SDG Business Forum – Österreichs Wirtschaft und die globalen Zielen für Nachhaltige Entwicklung. <https://www.bmdw.gv.at/Themen/International/Agenda-2030-SDG-Nachhaltigkeit/SDG-Business-Forum---Oesterreichs-Wirtschaft-und-die-globalen-Ziele-f%C3%BCr-nachhaltige-Entwicklung.html> [15.9.2020].

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) (2020). UN-Agenda 2030: Die globalen Nachhaltigkeitsziele / SDGs im Bereich Bildung. <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/euint/ikoop/bikoop/sdgs.html> [15.9.2020].

Crouch, C. (2017). Der Nationalismus globalisiert sich. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-02/globalisierung-widerstand-rechte-nationalismus-donald-trump-marine-le-pen-is/komplettansicht?print>, [11.2.2017].

Deutschlandfunk (2020). [https://www.deutschlandfunk.de/covid-19-uno-sicherheitsrat-verabschiedet-resolutionen.1939.de.html?drn:news\\_id=1115930](https://www.deutschlandfunk.de/covid-19-uno-sicherheitsrat-verabschiedet-resolutionen.1939.de.html?drn:news_id=1115930) [7.4.2020].

Europäische Kommission (2016). Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft – Europäische Nachhaltigkeitspolitik. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016DC0739&rid=1> [10.10.2020].

Gates, B. (2015). The next outbreak? We are not ready. Ted-Talk. [https://www.ted.com/talks/bill\\_gates\\_the\\_next\\_outbreak\\_we\\_re\\_not\\_ready/transcript?language=de](https://www.ted.com/talks/bill_gates_the_next_outbreak_we_re_not_ready/transcript?language=de) [27.4.2020].

Ghebreyesus, T. A. (2020). WHO Director General's opening remarks at the media briefing on COVID 19 – 20 March 2020. // [www.who.int/dg/speeches/detail/who-director-general-s-opening-remarks-at-the-media-briefing-on-covid-19---20-march-2020](http://www.who.int/dg/speeches/detail/who-director-general-s-opening-remarks-at-the-media-briefing-on-covid-19---20-march-2020) [7.4.20].

Harari, Y. N. (2020). The

world after coronavirus. Financial Times. <https://www.ft.com/content/19d90308-6858-11ea-a3c9-1fe6fedcca75> [4.4.2020].

Kant, I. (1795). Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Königsberg.

Kennedy, P. (2007). Parlament der Menschheit. Die Vereinten Nationen und der Weg zur Weltregierung. München: Verlag C.H. Beck.

Kruchem, T. (2017). Was gesund ist, bestimmt Bill Gates. Abgerufen von [https://www.deutschlandfunkkultur.de/unabhaengigkeit-der-weltgesundheitsorganisation-gefaehrdet.976.de.html?dram:article\\_id=423076](https://www.deutschlandfunkkultur.de/unabhaengigkeit-der-weltgesundheitsorganisation-gefaehrdet.976.de.html?dram:article_id=423076) (27.04.2020).

Österreichs Freiwilliger Nationaler Bericht (2020). Österreichs Freiwilliger Nationaler Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele/SDGs (FNU) – Hauptbotschaften. [file:///C:/Users/AK107528/AppData/Local/Temp/kernbotschaften\\_freiwilligen\\_nationalen\\_bericht\\_umsetzung\\_der\\_sdgs.pdf](file:///C:/Users/AK107528/AppData/Local/Temp/kernbotschaften_freiwilligen_nationalen_bericht_umsetzung_der_sdgs.pdf) [15.9.2020].

Spotlight Report on Sustainable Development (2019). Reshaping governance for sustainability: Transforming institutions – shifting power - strengthening rights. Global Civil Society Report on the 2030 Agenda and the SDGs. Beirut/Bonn/Ferney-Voltaire/Montevideo/New York/ Penang/Rome/Suva, July 2019. <https://www.2030spotlight.org/>, [26.8.2019].

Sustainable Development Goals Knowledge Plattform (2019). Voluntary National Reviews 2019: <https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf/2019#vnrs> [26.8.2019].

Sustainable Development Goals Knowledge Plattform (2020). Austria. Voluntary National review 2020. <https://sustainabledevelopment.un.org/index.php?page=view&type=30022&nr=2079&menu=3170> [15.9.2020].

United Nations (UN) (2020). National security and pandemics. Written by Sarah E. Davies. <https://www.un.org/en/chronicle/article/national-security-and-pandemics> [7.4.2020].

UN Generalversammlung (2020). Global solidarity to fight COVID-19. <https://www.un.org/pga/74/2020/03/30/global-solidarity-to-fight-covid-19/> 7.4.2020 [7.4.2020].

UN Global Compact (2020).

United Nations Global Compact. Uniting Business for a better world. <https://www.unglobalcompact.org/> [15.9.2020].

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) (2020). Weltwasserbericht 2019. <https://www.unesco.at/wissenschaft/artikel/article/weltwasserbericht-2019-leaving-no-one-behind> [7.4.2020].

United Nations Regional Information Center (UNRIC) (2020). Partnerschaften zur Erreichung der Ziele. <https://unric.org/de/17ziele/sdg-17/> [15.9.2020].

World Health Organization (WHO) (2020a). WHO Director-General's opening remarks at the media briefing on COVID-19 – 11. March 2020. <https://www.who.int/dg/speeches/detail/who-director-general-s-opening-remarks-at-the-media-briefing-on-covid-19---11-march-2020> [7.4.2020].

World Health Organization (WHO) (2020b). Strengthening health security by implementing the International Health Regulations (2005). <https://www.who.int/ihr/about/en/> [7.4.2020].

World Health Organization (WHO) (2020c). Statement on the second meeting of the International Health Regulations (2005) Emergency Committee regarding the outbreak of novel coronavirus (2019-nCoV). [https://www.who.int/news-room/detail/30-01-2020-statement-on-the-second-meeting-of-the-international-health-regulations-\(2005\)-emergency-committee-regarding-the-outbreak-of-novel-coronavirus-\(2019-ncov\)](https://www.who.int/news-room/detail/30-01-2020-statement-on-the-second-meeting-of-the-international-health-regulations-(2005)-emergency-committee-regarding-the-outbreak-of-novel-coronavirus-(2019-ncov)) [27.4.2020].